Zeitung zur Bundestagswahl am 24.09.2017

DIE LINKE. Münster Achtermannstraße 19 48143 Münster

Eine starke LINKE für ein soziales Land!

Am 24.09. Hubertus Zdebel wählen

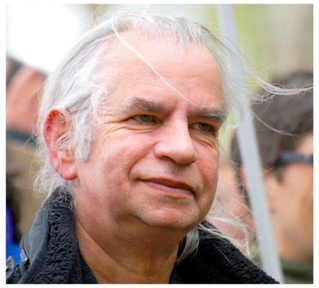
Die Menschen in Deutschland brauchen endlich eine Politik für soziale Gerechtigkeit. Eine solche Politik ist möglich. Zum Beispiel ein Mindestlohn von 12 Euro und ein gerechteres Steuersystem, das die Mehrheit entlastet und die Superreichen endlich zur Finanzierung des Gemeinwohls heranzieht. Dann ist auch Geld da für Investitionen – damit Schulen und Infrastruktur nicht weiter vergammeln und ausreichend bezahlbare Wohnungen und KiTa-Plätze geschaffen werden können.

Jede Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme für soziale Gerechtigkeit und eine lebenswerte Umwelt, gegen Krieg und Rassismus. Wir haben den Mut, für die Mehrheit der Menschen Politik zu machen, weil wir wissen: Die Grenzen verlaufen zwischen Oben und Unten, nicht zwischen den Kulturen und Religionen. Damit die Schere zwischen Arm und Reich nicht weiter auseinander geht, braucht es dringend Druck von LINKS. Deshalb geben Sie am 24. September beide Stimmen der LINKEN.

Inhalt

Reichtum & Armut 2
Bezahlbarer Wohnraum für alle 3
Bahnstrecke Münster-Lünen 4
Unsere Gesundheit ist keine Ware 4
Gleiche Löhne für Frauen 5
Schwarz-Grün in Münster 5
Interview 6
Prima Klima? Denkste! 7
Uranbrennstoff aus Gronau 8
Bomben für den Frieden? 9
Geld für Bildung statt für Banken 10
Rentenbetrug der Bundesregierung 10
AfD - außen blau, innen braun 11
Flüchtlinge willkommen 11

Editorial



In Wahlkämpfen wird viel versprochen. Nach der Wahl heißt es dann: „Was schert mich mein Geschwätz von gestern“. DIE LINKE ist sich als einzige Partei immer treu geblieben. Wir machen Politik für die Menschen, nicht für die Banken und Konzerne. Für die Mehrheit, nicht für die oberen Zehntausend.

Was würde unser Programm für die Menschen in Münster bedeuten? Für DIE LINKE zählen die Grundbedürfnisse, die alle Menschen haben. Dazu gehören etwa das Recht auf bezahlbaren Wohnraum und kostenfreier Zugang zu Kinderbetreuung und Bildung. Wir sind bereit, uns gegen die Profitinteressen der Wohnungsspekulanten und Investoren zu stellen, um guten und bezahlbaren Wohnraum für alle Münsteranerinnen und Münsteraner bereitzustellen. Wir wollen in unsere KiTas, Schulen und Hochschulen investieren – statt Banken zu retten und Panzer zu kaufen.

Diese und unsere weiteren Ziele lassen sich erreichen, wenn viele Menschen ihre Stimme erheben. Daher wählen Sie bei der Bundestagswahl DIE LINKE und werden Sie selbst aktiv.

Hubertus Zdebel

Genug zerstört!
Unsere Umwelt ist keine Ware.
Gemeinsam stark.
DIE LINKE.
www.die-linke.de

Wir können uns die Reichen nicht mehr leisten

Die Schere zwischen arm und reich geht immer weiter auseinander: Einer aktuellen Oxfam-Studie zufolge besitzen acht Männer so viel wie die ärmsten 50% der Weltbevölkerung zusammen. Auch im reichen Deutschland wächst die Ungleichheit: 12,9 Millionen Menschen sind laut dem Armutsbericht des Paritätischen in Deutschland arm, während 36 Milliardäre so viel Vermögen besitzen wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung.

Die Folgen wachsender sozialer Ungleichheit sind verheerend: Immer mehr Menschen können ihre Miete nicht mehr bezahlen. Viele sind für ihre Grundversorgung auf die Tafel angewiesen und können sich einen Theater- oder Kinobesuch nicht leisten. Während Millionen Menschen in Armut leben, streichen sich die Bosse der Banken und Konzerne Bonuszahlungen ein und betreiben Steuerflucht im großen Stil: Trotz aller Versprechungen wird nichts gegen Steuerflucht getan. Stattdessen wird der Sozialstaat weiter abgebaut.

DIE LINKE fordert: Reichtum umverteilen! Wir legen uns mit den Reichen und Mächtigen an. Hohe Vermögen – ab einer Million Euro – wollen wir mit fünf Prozent besteuern. Mit dem Geld können Schulen und KiTas besser ausgestattet und der soziale Wohnungsbau gefördert werden. Zudem kämpfen wir für einen Mindestlohn von 12 Euro.

Soziale Sicherheit statt Hartz IV, Armut und Schikane

Die Arbeitslosigkeit ist in Deutschland viel höher als offiziell behauptet. Die Bundesregierung rechnet die Arbeitslosenstatistik schön. Viele Menschen werden in sinnlosen Maßnahmen geparkt oder nicht mitgezählt, etwa wenn sie älter als 58 Jahre sind. Andere sind trotz Arbeit arm und müssen aufstocken.

Den Einzelnen wird in die Schuhe geschoben, was ein gesellschaftliches Problem ist. Doch diese Schikane hat System. Die Angst vor dem sozialen Absturz soll Menschen dazu drängen, auch schlechte oder schlecht bezahlte Arbeit anzunehmen. Wer sich wehrt, ist von Sanktionen und Kürzungen bedroht.

Von den 4,3 Millionen Hartz IV-Betroffenen in Deutschland wurden 2016 rund 10 % von den Behörden mit Sanktionen belegt. Ihnen wird der Lebensunterhalt noch unter das Existenzminimum gekürzt. Pro Monat bekommen 7.700 Menschen die Bezüge komplett gestrichen. Im reichen Deutschland müssen Menschen hungern, frieren und betteln.

DIE LINKE kämpft für ein Leben in sozialer Sicherheit, für eine sanktionsfreie Mindestsicherung von 1050 € und umfassenden Kündigungsschutz. Hartz IV muss weg! Jeder und jede hat das Recht auf Arbeit und das Recht, konkrete Arbeitsangebote abzulehnen, ohne Sanktionen fürchten zu müssen. Das Arbeitslosengeld I muss länger gezahlt werden. Und es braucht Sozialtarife für Strom, öffentlichen Nahverkehr und Deutsche Bahn. Denn jedem Menschen stehen soziale Teilhabe und ein Leben in Würde zu!

Keine Profite mit der Miete
Bezahlbarer Wohnraum für alle!

In Münster haben private Investoren und Spekulanten das Sagen – mit fatalen Folgen: für Menschen mit geringen und mittleren Einkommen wird es immer schwieriger, hier eine bezahlbare Wohnung zu finden. Wenn man den Wohnungsmarkt den Finanzinvestoren überlässt, ist das nicht verwunderlich, denn für sie zählt nur der Profit – auf Kosten der Mieterinnen und Mieter.

Durch die unsoziale Privatisierungspolitik von CDU, SPD, Grünen und FDP ist der Bestand an Wohnraum in öffentlichem Eigentum in den letzten Jahren dramatisch zurückgegangen: Allein in NRW wurden durch die Privatisierung der LEG tausende Wohnungen auf einmal an einen Finanzinvestor verscherbelt, hinzu kommen tausende Wohnungen, die jährlich aus der Sozialbindung fallen.

Denn auch die sogenannten Sozialwohnungen sind nicht wirklich sozial: Hierbei werden privaten Bauherren öffentliche Fördermittel bereitgestellt, als Gegenleistung sind die Mieten dann ein paar Jahre nicht ganz so hoch. Nach dieser sogenannten Sozialbindung fallen aber auch sie dem Markt zum Opfer und gehören ohne Einschränkungen dem privaten Bauherren. DIE LINKE fordert: einmal Sozialwohnung, immer Sozialwohnung!

Doch anstatt endlich Wohnraum in öffentlichem Eigentum zu schaffen, werden uns weiter private Investoren als Heilsbringer angepriesen und öffentliche Wohnungen, bspw. der BImA (s.u.), an diese verscherbelt.

Gemeinsam mit vielen Menschen und Initiativen kämpft DIE LINKE dafür, dass Wohnen nicht dem Markt überlassen wird. Wir wollen den Ausverkauf von Grundstücken und Wohnungen an Privatinvestoren stoppen und für alle bezahlbare Wohnungen in öffentlichem oder gemeinschaftlichem Eigentum schaffen – denn nur so ist dauerhaft bezahlbarer und guter Wohnraum zu haben!

Déjà-vu bei der BImA:
Schwarz-rote Rechtfertigungsversuche

Seit vier Jahren regieren CDU und SPD in Berlin. An der skandalösen Verkaufspraxis der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) hat sich derweil nichts geändert. Auch in Münster verscherbelt die BImA Wohnungen zum Höchstgebot an Investoren, statt sie für sozialen Wohnraum zu nutzen. Möglich macht es das BImA-Gesetz.

Im Bundestagswahlkampf 2013 hatten Sybille Benning (CDU) und Christoph Strässer (SPD) versprochen, das Gesetz zu ändern. Passiert ist nichts. Die ehemaligen Oxford- und York-Kasernen in Münster könnten als Konversionsflächen für öffentliche Zwecke genutzt werden. Anträge der Linksfraktion, das BImA-Gesetz entsprechend zu ändern, haben CDU und SPD abgelehnt. Auch Christoph Strässer und Sybille Benning stimmten namentlich dagegen und damit gegen die Interessen der Münsteranerinnen und Münsteraner.

Schadensbegrenzung im Wahlkampf

Kurz vor der Wahl gestehen Benning und Strässer nun öffentlich Fehler ein, und der neue Münsteraner SPD-Bundestagskandidat hat offenbar ganz vergessen, dass die SPD mitregiert. Ihnen geht es einzig um Schadensbegrenzung. Ein allzu durchschaubares Ablenkungsmanöver. Hätte die Große Koalition auf uns gehört, stünden wir in Münster heute nicht vor den Problemen bei den Oxford- und York-Kasernen.

DIE LINKE wird sich weiterhin für eine Änderung des BImA-Gesetzes einsetzen, damit die frei werdenden Flächen des Bundes für den Ausbau von bezahlbarem Wohnraum genutzt werden können.

Ausbau der Bahnstrecke Münster-Lünen

Viel heiße Luft

Seit Jahren fordert DIE LINKE, die bislang eingleisige Bahnstrecke Münster-Lünen zweigleisig auszubauen. Dieses Teilstück ist bisher das Nadelöhr auf der überregional wichtigen Trasse von Dortmund nach Hamburg. Nur durch die Zweigleisigkeit lässt sich eine Taktverdichtung realisieren und Münster in das Rhein-Ruhr-Express-Konzept (RRX) integrieren. Noch vor einigen Monaten teilte uns die CDU/CSU-SPD-Bundesregierung bei der Beratung des neuen Bundesverkehrswegeplans mit, dass diese Forderung nicht umgesetzt wird.

Um so größer war die Überraschung, als Verkehrsstaatssekretär Enak Ferlemann (CDU) bei der Neueröffnung des Münsteraner Hauptbahnhofs im Juni 2017 den zweigleisigen Ausbau der Strecke ankündigte. Sie solle bis Ende dieses Jahres im Bundesverkehrswegeplan vom „potenziellen Bedarf" in den „vordringlichen Bedarf" hochgestuft werden.

Bundesregierung rudert zurück

Kaum zwei Monate nach diesem öffentlichkeitswirksamen Auftritt ist von den vollmundigen Versprechungen nicht mehr viel übrig. Von einer kompletten Zweispurigkeit, die Ferlemann suggeriert hatte, ist keine Rede mehr, stattdessen nur noch von zweispurigen Ausweichstellen. Zweigleisigkeit auf wenigen Streckenkilometern ermöglicht aber bestenfalls ein Überholen des Regionalverkehrs durch den Fernverkehr und bedeutet noch keine Taktverdichtung. Verbindliche Zusagen für eine Kapazitätssteigerung liegen zudem nicht vor.

Damit der Münster-RRX – in großformatigen Anzeigen mit Münsters Dom auf der Titelseite von der Landesregierung beworben – keine Fata Morgana bleibt, macht DIE LINKE weiterhin Druck. Wir fordern seit langem statt einem löchrigen Netz den zeitnahen vollständigen zweigleisigen Ausbau der Bahnstrecke.

Unsere Gesundheit ist keine Ware

Der Abbau des Sozialstaats und die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich machen auch vor dem Gesundheitssystem nicht halt. Im Gegenteil, hier wird die Situation immer dramatischer.

Die Aufteilung der Versicherung in private und gesetzliche, die Zunahme von Eigenleistungen bei Medikamenten und Arztbesuchen und das Kaputtsparen von Krankenhäusern haben eine regelrechte Zwei-Klassen-Medizin etabliert. Gesundheit wird zum Luxusgut, welches sich ein wachsender Teil der Bevölkerung nicht mehr leisten kann.

Sinnbildlich für diese Entwicklung ist der Pflegenotstand. Pflegekräfte klagen seit Jahren über ihre schlechten Arbeitsbedingungen. Personalmangel, schlechte Bezahlung, hoher Arbeitsdruck und die schlechte materielle Ausstattung der Krankenhäuser zehren an den Kräften der Kolleginnen und Kollegen und machen eine gute Pflege nahezu unmöglich.

DIE LINKE kämpft gegen diese Entwicklung. Wir fordern: eine solidarische Gesundheitsversicherung für alle statt Zwei-Klassen-Medizin, 100.000 Pflegekräfte mehr statt Personalmangel und eine Erhöhung des Pflegemindestlohns auf 14,50€!

Gesundheit ist keine Ware! Menschenwürdige Pflege kann und darf nicht auf Profit ausgerichtet sein. Die Infrastruktur der Pflege ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Bund und Länder müssen hier endlich ausreichend investieren. Pflege gehört wieder in öffentliche Verantwortung und unter demokratische Kontrolle.

Genug gewartet! Gleiche Löhne für Frauen!

Deutschland ist Europas Schlusslicht bei der Gleichstellung der Geschlechter. Noch immer erhalten Frauen mit der gleichen Qualifikation im Durchschnitt 22 Prozent weniger Gehalt. Das hat viele Ursachen.

Im Niedriglohnsektor arbeiten heute zu 65 Prozent Frauen. Berufe, die überwiegend von Frauen ausgeübt werden – wie im Sozial- und Gesundheitswesen – werden in Deutschland miserabel bezahlt. Während das Millionengehalt eines Managers als angemessen verkauft wird, weil er angeblich Verantwortung trägt, wird die Leistung einer Erzieherin oder Pflegerin kleingeredet. Das hat viel mit verfestigten Rollenbildern zu tun. Frauen seien ihnen zufolge für Sorgearbeiten „von Natur aus" bestimmt, weshalb es nur normal sei, dass sie für das, was sie doch ohnehin „gern tun", auch weniger Lohn bekommen.

LINKE-Demonstration gegen den Marsch der Abtreibungsgegner

Am 18. März beteiligt sich DIE LINKE. Münster an den Aktionen gegen den 1000-Kreuze-Marsch der christlichen Fundamentalisten.

Aber diese Rollenbilder, die den Bossen nur allzu gelegen kommen, beschränken sich nicht auf die Berufswelt: Die moderne Frau von heute hat nicht nur eine „Superarbeiterin", sondern auch eine „Supermutter" und eine „supersexy Partnerin" zu sein. Viele Frauen hetzen täglich zwischen Arbeitsplatz, Betreuung und Hausarbeit hin und her.

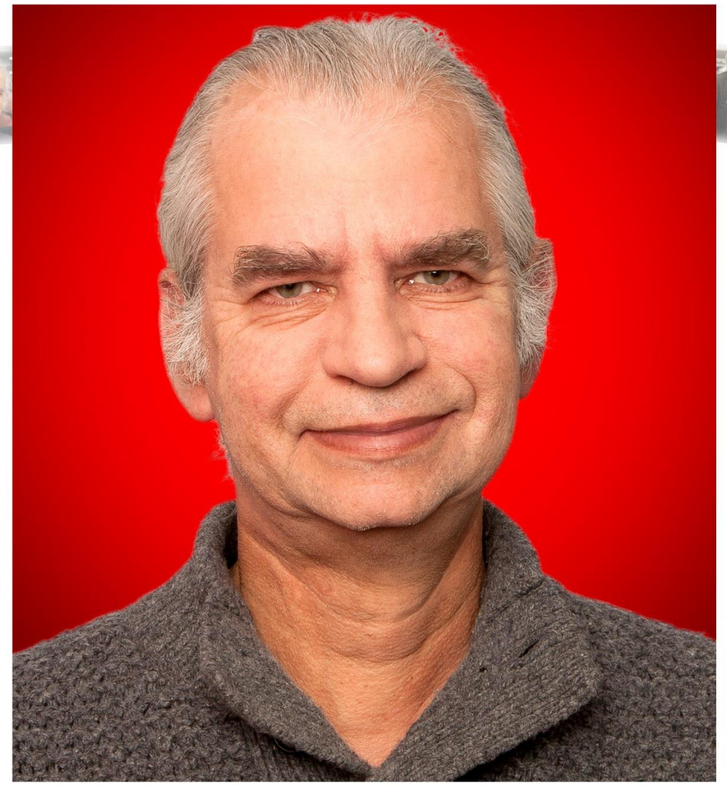
Das will DIE LINKE ändern: Mit einem Gesetz zur Entgeltgleichheit wollen wir gleiche Löhne für Frauen durchsetzen. Außerdem muss der Mindestlohn auf mindestens 12 Euro angehoben werden - insbesondere Frauen leiden unter Armutslöhnen. Das entwürdigende Hartz-IV-System muss weg, denn es bedeutet Armut per Gesetz – ganz besonders für viele alleinerziehende Mütter. Zudem müssen endlich ausreichend kostenlose KiTa-Plätze zur Verfügung gestellt werden.

Schwarz-Grün in Münster Modell für die Bundespolitik?

Wie läuft es eigentlich in Münster mit der schwarz-grünen Koalition im Rathaus? Ganz gut für die Investoren und Wohnungsspekulanten und mithin schlecht für die Mieterinnen und Mieter. Vor einigen Wochen lehnte der Rat der Stadt Münster mit den Stimmen von CDU und Grünen (aber auch von FDP und AfD) die Einführung einer Milieuschutzsatzung ab. Dabei könnte eine solche Satzung für bestimmte Quartiere wie das Hansaviertel oder Hammer Straße/Schützenhof einer Umwandlung von bezahlbarem Wohnraum in teure Eigentumswohnungen entgegenwirken. Dass in immer rasanterem Tempo Menschen aus ihren meist langjährigen Mietverhältnissen verdrängt werden, spielt offenbar keine Rolle.

Wie früher die FDP regieren die Grünen in den unterschiedlichsten Konstellationen. In Baden-Württemberg gibt es schon länger Grün-Schwarz und in Schleswig-Holstein regiert „Jamaika" (CDU-FDP-Grüne). Eine klare Koalitionsaussage zur Bundestagswahl haben die Grünen erst gar nicht formuliert. Das verwundert auch nicht, denn sie sind zu einer neoliberalen Wirtschaftspartei geworden. Kaum mehr unterscheidbar von Union, SPD und FDP. Noch vor einigen Jahren sagte die Grünen-Frontfrau Bärbel Höhn über die FDP: „Wer nach allen Seiten offen ist, ist nicht mehr ganz dicht." Inzwischen gilt das auch für die Grünen.

„RWE & Co. zur Kasse bitten“



Interview mit dem *LINKEN*-Direktkandidaten Hubertus Zdebel

Hubertus Zdebel kandidiert in Münster für den Bundestag. Für den langjährigen Gewerkschafter und Umweltaktivisten ist klar: Am sozial-ökologischen Umbau führt kein Weg vorbei. Seit 2013 vertritt er diese Position auch im Deutschen Bundestag. Anti–Atom und Fracking sind Schwerpunkte seiner Arbeit. In beiden Bereichen ist eines seiner Hauptanliegen, zu verhindern, dass einmal mehr die Bürgerinnen und Bürger die Zeche für die konzernfreundliche Politik der CDU/CSU-SPD-Regierung zahlen.

Was sind die Schwerpunkte Deiner politischen Arbeit in Berlin?

Kurz gesagt: Der sozial-ökologische Umbau, also die Abkehr von einer profitorientierten Wirtschaftsordnung, weg von der Ausbeutung von Mensch und Natur. Dazu gehören z.B. der Kampf gegen den Klimawandel, der weltweite Atomausstieg, ein Frackingverbot ohne Ausnahmen und der sofortige Kohleausstieg – aber auch der Einsatz für auskömmliche Löhne, gegen die Erniedrigung und Demütigung durch Hartz IV, für bezahlbaren Wohnraum, gute Bildung und Gesundheitsversorgung für alle.

MENSCHEN VOR PROFITE!

Wie vertrittst Du diese Positionen konkret im Bundestag?

Ich versuche, konkrete Akteure zu benennen, aber auch einen größeren Zusammenhang herzustellen. Etwa in der Atompolitik, die mir besonders am Herzen liegt: Direkt vor unserer Haustür steht die Urananreicherungsanlage der URENCO in Gronau. Von hier aus werden u.a. die belgischen Schrottreaktoren Doel und Tihange beliefert. Für einen echten Atomausstieg muss diese Atomfabrik endlich stillgelegt werden! Dagegen stehen die handfesten Profitinteressen von RWE und E.ON, die Anteilseigner von URENCO sind.

Was setzt Du den Atomkonzernen entgegen?

DIE LINKE kämpft als einzige Partei dafür, dass die Konzerne für die dauerhaften Atommüll-Kosten aufkommen. CDU, SPD und ja, auch die Grünen sehen das anders und wälzen die Kosten auf die Bürgerinnen und Bürger ab. Sie haben gemeinsam die Atomkonzerne aus der Haftung für die Ewigkeitskosten des Atomausstiegs entlassen. Das lassen wir ihnen nicht durchgehen!

Im Braunkohlebereich deutet sich eine ähnliche Entwicklung an...

Ja, genau. Auch hier kuschen die anderen Parteien vor der Kohlelobby. So jedenfalls sind die Pariser Klimaschutzziele nicht zu erreichen. Andere Länder sind hier deutlich weiter. Wir brauchen einen sofort beginnenden Ausstieg, der bis spätestens 2035 abgeschlossen ist und bei dem die Belegschaften geschützt werden. Deshalb fordert DIE LINKE einen Strukturwandelfonds von Bund und Ländern für die Braunkohleregionen in Höhe von 250 Mio. € jährlich. RWE & Co., die jahrelang mit der Braunkohle satte Profite gemacht haben, müssen ebenfalls hierfür zur Kasse gebeten werden. Menschen gehen vor Profite.

Du schaltest Dich auch häufiger in die Münsteraner Politik ein. Was ärgert Dich in Deiner Heimatstadt am meisten?

Etwa das Komplettversagen von Oberbürgermeister Lewe (CDU) und seiner schwarz-grünen Ratsmehrheit bei der Schaffung bezahlbaren Wohnraums. Eine lebenswerte Stadt ist Münster eben nur für die Gutbetuchten und nicht für alle. Ich finde es unerträglich, dass auch im reichen Münster Rentnerinnen und Rentner Flaschen sammeln müssen, weil sie mit ihrer Rente nicht mehr auskommen, und sich die Schere von Arm und Reich immer weiter öffnet. Neben den Prestigeprojekten am Hafen und in der Innenstadt stehen Stadtteile mit hoher Armutsquote – auch bei Kindern – wie Coerde, Kinderhaus oder Berg Fidel. Natürlich spielt auch die skandalöse Verkaufspraxis der BImA, die ich schon lange kritisiere, hier eine Rolle.

Du sprichst von einem „Vergabechaos“ bei den KiTa-Plätzen in Münster.

Allein bei den unter Dreijährigen (U3) fehlen dieses Jahr mehr als 800 Plätze. Auf Bundesebene will DIE LINKE einen Rechtsanspruch auf einen gebührenfreien Ganztagsplatz für alle Kinder. Der Bund muss für die Schaffung von KiTa-Plätzen, die Verbesserung der KitA-Qualität und bessere Gehälter für die Erzieherinnen und Erzieher deutlich mehr Geld in die Hand nehmen.

Klingt nach viel Arbeit in Berlin. Gibt es auch noch Zeit für Erholung?

Für Treffen mit Familie sowie Freundinnen und Freunden, eine entspannte Runde Billard in der Kneipe oder ein kniffliges Sudoku reicht's...

Prima Klima? Denkste!

Der Klimawandel schreitet voran und führt zu einer immer rücksichtsloseren Zerstörung des Planeten. Das Problem hat System. Wir brauchen einen sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft, weg von einer profitorientierten Wirtschaftsordnung, die auf der Ausbeutung von Mensch und Natur basiert.

Statt Fracking und Kohle: Erneuerbare Energien fördern!

Die Bundesregierung wird ihre Klimaziele nicht erreichen, weil sie sich von der Fracking- und Kohle-Lobby treiben lässt. Das aktuelle Fracking-Gesetz von CDU/CSU und SPD erlaubt Fracking in spezifischen Sandgesteinen – auch in NRW. Fracking ist jedoch eine hochgefährliche Technologie. Wir fordern ein Frackingverbot ohne Ausnahmen. Zugleich setzen wir uns für einen sofortigen Kohleausstieg ein, der spätestens 2035 beendet sein muss. Der Ausstieg muss sozial flankiert sein, also gilt auch hier wie beim Atomausstieg: RWE & Co. zur Kasse!

Statt Atomausstieg: Uranbrennstoff aus dem Münsterland

Radioaktive Wolken machen nicht an Grenzen halt. Atomausstieg muss grenzenlos sein. Ein Super-GAU in den belgischen Atomkraftwerken Tihange und Doel würde auch NRW treffen. Makaber: Der Brennstoff für die maroden Meiler kommt auch aus deutschen Uranfabriken. Jedes zehnte AKW weltweit erhält seinen Brennstoff aus der Urananreicherungsanlage (UAA) in Gronau. Aus dem nahegelegenen Lingen in Niedersachsen kommen die Brennelemente. Beide Anlagen sind vom Atomausstieg ausgenommen! Gemeinsam mit Bürgerinitiativen und Umweltverbänden macht DIE LINKE Druck, damit die bisher durch die Bundesregierung genehmigte Ausfuhr nach Belgien endlich untersagt wird!

URENCO-Uran für US-Atomwaffen

Die UAA in Gronau gehört dem deutsch-niederländisch-britischen Unternehmen URENCO. Künftig soll URENCO – offenbar mit Zustimmung der Bundesregierung – diejenigen Reaktoren in den USA mit Uran versorgen, in denen das für die US-Atomwaffen benötigte Tritium zur Sprengkraftverstärkung hergestellt wird. Damit ist die ohnehin dürftige Trennlinie zwischen ziviler und militärischer Atomenergienutzung klar durchbrochen. Bereits zweimal hat darüber die Tagesschau berichtet und der Bundestagsabgeordnete Hubertus Zdebel (DIE LINKE) hat die Bundesregierung befragt. Die mauert, weil die URENCO-Geschäfte angeblich vertraulich seien, und verweigert klare Aussagen zu dieser Unterstützung des US-Atomwaffenprogramms. Dabei sitzt die Bundesregierung ebenso wie die Niederlande und Großbritannien mit Veto-Recht im URENCO-Kontrollgremium.

URENCO ein Spiel mit dem atomaren Feuer

Das Unternehmen ist selbst militärisch überaus brisant, weil mit den Zentrifugen zur Urananreicherung grundsätzlich auch die Herstellung von atomwaffenfähigem Uran möglich ist. Die UAA in Gronau ist der deutsche Zugriff auf die Atombombe. Abschalten heißt abrüsten! E.ON und RWE wollen ihr Anteilsdrittel zu Geld machen. Die anderen Eigentümer, Niederlande und Großbritannien, wollen ebenfalls verkaufen. DIE LINKE lehnt das ab. Die Uranfabrik in Gronau muss endlich konsequent stillgelegt werden.

Atomausstieg

Nur auf DIE LINKE ist Verlass

Ende 2016 machte eine super-große Koalition aus GRÜNEN, SPD und CDU/CSU den Atomkonzernen ein Milliardengeschenk: Die Risiken bei den Atommüll-Kosten tragen nicht mehr RWE, E.ON & Co, sondern die Bürgerinnen und Bürger. Dazu hat DIE LINKE als einzige Fraktion im Bundestag Nein gesagt. Wir meinen: Die Konzerne hatten die Profite, sie müssen als Verursacher dauerhaft und komplett in der Haftung bleiben!

Bomben für den Frieden?

Der sogenannte „Krieg gegen den Terror“, an dem sich Deutschland seit 16 Jahren beteiligt, ist ein einziges Lügengebäude. Nie ging es bei den Interventionskriegen um Demokratie, Menschenrechte oder die Bekämpfung des Terrorismus. Die Bomben im Irak, Afghanistan oder in Syrien führten nur zu einer weiteren Radikalisierung vieler Menschen und zur Bildung von Terrorgruppen wie dem sogenannten „Islamischen Staat“.

DIE LINKE hat hierzu eine klare Haltung: Terror lässt sich nicht mit Krieg bekämpfen!

Kampf um Rohstoffe und Absatzmärkte

Doch worum geht es der Bundesregierung? Bei den Auslandseinsätzen geht es vor allem um wirtschaftliche und geostrategische Interessen, um den Zugang zu Rohstoffen und Absatzmärkten. Sei es der Zugang zu Öl- und Gasvorkommen im Nahen Osten, seltenen Rohstoffen in Mali oder die Absicherung von Handelswegen in somalischen Gewässern. Die Bundeswehr kämpft vor allem für eins: Für die deutsche Wirtschaft.

Dieses Jahr gibt die Bundesregierung 37 Milliarden Euro für Rüstung aus, während Schulgebäude verfallen, Ausgaben für Bildung und Soziales gekürzt werden und Menschen im Alter von ihrer Rente nicht mehr leben können.

Kein Werben fürs Sterben!

Mit einem Millionen-Etat wirbt die Bundeswehr täglich um junge Rekruten – in Schulen, auf Ausbildungsmessen oder auf Stadtfesten. Wie DIE LINKE herausgefunden hat, hat ein Stand der Bundeswehr auf dem Münsteraner Stadtfest den Steuerzahler rund 50.000 Euro gekostet.

Der Soldatenberuf ist jedoch kein Beruf wie jeder andere. Die Bundeswehr bildet junge Menschen zum Töten aus. Soldaten kehren aus ihren Einsätzen oft schwer traumatisiert zurück. Depressionen, posttraumatische Belastungsstörungen, Suchterkrankungen und Selbstmorde sind oftmals Folgen.

Waffenexporte stoppen!

Die deutsche Regierung exportiert den Tod. Als drittgrößter Waffenexporteur liefert die BRD jährlich Waffen im Wert von bis zu 7 Milliarden Euro in 130 Länder, u.a. in die Türkei oder Saudi-Arabien. Wir sagen: Schluss mit den Waffenexporten!

DIE LINKE fordert:

- Ein sofortiges Verbot aller Waffenexporte.
- Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr. Stattdessen friedliche Konfliktlösungen und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung.
- Eine konsequente Abrüstung Deutschlands.
- Eine Überführung des Rüstungsetats in zivile Aufbau- und Friedenssicherungsprogramme und die Entwicklungszusammenarbeit.
- Keine Bundeswehrwerbung in Schulen, auf Stadtfesten und Ausbildungsmessen.
- Die Umwandlung der deutschen Rüstungsindustrie in zivile Industrie.
- Den Abzug aller in Deutschland stationierten US-Atomwaffen.

Fakten zu Waffenexporten:

- Top-Bezieher deutscher Waffenexporte: USA, Israel, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate, Algerien, Ägypten, Singapur und Südkorea.
- Wert der erteilten Ausfuhrgenehmigungen 2016: € 6,85 Mrd. €
- Besonders tödlich: Kleinwaffen. Diese kosten im Jahr 500.000 Menschenleben weltweit.
- Zwei Drittel der deutschen Rüstungsexporte gehen an Länder, die weder der EU noch der NATO angehören.

DIE LINKE. Münster protestiert gegen den Rekrutierungsstand der Bundeswehr auf dem Stadtfest in der Stubengasse

Geld für Bildung statt für Banken!

Eine Anfrage der LINKEN bei der Bundesregierung brachte ans Licht: Die Bankenrettung in den vergangenen zehn Jahren kostete die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler rund 260 Milliarden Euro. Gleichzeitig vergammeln Schulen, werden Lehrerstellen abgebaut und sind Universitäten wegen Geldmangel auf private Sponsoren angewiesen. Das deutsche Bildungssystem wird kaputt gespart.

Immer noch fehlen bundesweit etwa 300.000 KiTa-Plätze, davon in Münster über 800 allein bei den unter Dreijährigen.

Für Auszubildende wird nichts getan: Finden sie eine Stelle, sind sie häufig nur unzureichend vor der Willkür im Betrieb geschützt: Schlechte Betreuung, Hilfsdienste oder unerlaubte Überstunden sind an vielen Lehrstellen an der Tagesordnung. Damit muss Schluss sein: Auszubildende müssen gesetzlich besser vor Ausbeutung geschützt werden. Außerdem muss ein Rechtsanspruch auf einen Ausbildungsplatz her.

Bildung ist jedoch nicht nur ein Menschenrecht, sondern auch ein wichtiger Faktor bei der Bekämpfung von Armut. Die Bildungspolitik der Bundesregierung treibt die soziale Spaltung weiter voran.

Bildungs- und Teilhabechancen für Kinder sind in Deutschland extrem abhängig von der Geldbörse und dem sozialen Status ihrer Eltern. Ein Professorensohn hat in Deutschland sechs Mal höhere Chancen auf den Beginn eines Studiums als beispielsweise die Tochter aus einem Arbeiterhaushalt. Das wollen wir ändern: Statt frühe Selektion und Schubladendenken: Endlich ein längeres gemeinsames Lernen der Kinder mit einer Schule für alle. Weg mit dem jetzigen Zulassungssystem an den Hochschulen und ein elternunabhängiges BAföG, das zum Leben reicht.

Die Ausbildung muss ausnahmslos kostenfrei sein, von der KiTa bis zur Uni. Damit wollen wir gleiche Bildungschancen für jedes Kind unabhängig von seiner Herkunft und seinem Elternhaus erreichen.

Bundesregierung begeht Rentenbetrug

Immer mehr Rentnerinnen und Rentner in Deutschland sind arm, über 500.000 sind auf das Sozialamt angewiesen. Häufig, obwohl sie ihr Leben lang gearbeitet haben. Die Rente reicht nicht zum Leben und die sogenannte Grundsicherung nur für das absolute Minimum.

Hans Lautenbach, Rentner aus Düsseldorf, hat gerade einmal 58 Euro in der Woche zum Leben. „Aber was ist das für ein Leben?“, klagt er. „Ich kann mir nichts erlauben. Nichts machen.“ So wie ihm geht es vielen in Deutschland. Manche sehen keine andere Möglichkeit als Flaschen zu sammeln. Eine Schande für ein so reiches Land wie die Bundesrepublik. Eine Mindestrente von 1050 Euro ist überfällig.

Mit der Agenda 2010 haben SPD, Grüne, CDU und FDP einen riesigen Niedriglohnsektor geschaffen, wodurch das allgemeine Rentenniveau nach unten gedrückt wurde. Millionen Normalverdienerinnen und Normalverdiener sind von Altersarmut bedroht. Mit der sogenannten Riester-Rente hat der damalige SPD-Kanzler Schröder auf die private Altersvorsorge gesetzt. Und während Gewinne der Banken und Versicherungen sprudelten, erhält ein Durchschnittsverdiener in Deutschland nach 45 Beitragsjahren knapp 800 Euro weniger Rente als ein Durchschnittsverdiener in Österreich. DIE LINKE will diesen Rentenbetrug rückgängig machen und setzt auf eine Rentenkasse für alle, in die auch Politikerinnen und Politiker, Managerinnen und Manager, Beamtinnen und Beamte einzahlen.

Die AfD verkauft sich gern als gemäßigt. Doch der Führungsspitze gelingt es immer weniger, die braunen Netzwerke innerhalb der Partei zu verstecken.

Spätestens seit der sogenannten „Dresdner Rede“ des AfD-Frontmannes Björn Höcke ist klar: Der neofaschistische Flügel um ihn ist auf dem Vormarsch. Die AfD ist längst zu einem Sammelbecken für Holocaust-Verharmloser und Stiefelnazis geworden. Laut einer Studie könnten Höcke-Anhänger die Mehrheit einer möglichen AfD-Fraktion im Bundestag stellen.

In der Thüringischen Kleinstadt Themar stellte ein AfD-Mitglied tausenden Nazis ein Grundstück für ein Hass-Konzert zur Verfügung. Ein AfD-Funktionär aus Freiburg gibt offen zu: „Von der NPD unterscheiden wir uns vornehmlich durch unser bürgerliches Unterstützer-Umfeld, nicht so sehr durch Inhalte“. Der Münsteraner AfD-Bundestagskandidat Martin Schiller ist getrieben vom Hass auf Geflüchtete. Nicht überraschend, dass er Anfang des Jahres eine Konferenz europäischer Rechtsradikaler in Koblenz moderierte.

Die AfD versucht, möglichen Widerstand gegen soziale Missstände zu spalten und von den tatsächlichen Ursachen abzulenken. Als Spitzenkandidatin tritt mit Alice Weidel eine Ex-Bankerin an, die den Sozialstaat abbauen und die Steuern für Reiche und Konzerne weiter senken will. Wir sagen: Wehret den Anfängen! Die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten.

Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist.
Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Sozialdemokrat.
Als sie die Gewerkschafter holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Gewerkschafter.
Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.

Martin Niemöller
ev. Theologe und Überlebender des KZ Sachsenhausen

Flüchtlinge willkommen Reiche besteuern

Weltweit sind weit über 50 Millionen Menschen auf der Flucht. Ihre Länder haben sie aus Not, Furcht vor Verfolgung oder Krieg verlassen müssen. Doch obwohl Deutschland Asylsuchende und Kriegsflüchtlinge aufnehmen muss, macht ihnen die Regierung das Leben schwer und intensiviert die Abschottung des Landes.

DIE LINKE ist der Ansicht, dass die Aufnahme von einer Million oder mehr geflüchteten Menschen durchaus zu schaffen wäre, ohne die soziale Situation der bereits hier lebenden Bevölkerung zu verschlechtern. Doch dazu muss der Reichtum in diesem Land umverteilt und zur Schaffung von Wohnraum und Arbeitsplätzen genutzt werden. Dann könnte es allen Menschen hier, egal wie lang sie schon im Land sind, besser gehen.

Doch die Hilfe für geflüchtete Menschen in Not leisten meist nicht die eigentlich zuständigen öffentlichen Einrichtungen, sondern hunderttausende Ehrenamtliche, auch in Münster. Diesen Helferinnen und Helfern gilt unser Dank.

Die Bundesregierung hat hingegen das Asylrecht immer weiter verschärft und erklärt mittlerweile sogar Kriegsgebiete wie Afghanistan zu „sicheren Herkunftsländern“, in die Abschiebungen möglich sein müssen. Das ist zynisch und menschenverachtend. Fast täglich finden in Afghanistan Bombenanschläge statt. Auch auf unsere Nachfragen im Bundestag war die Regierung nicht in der Lage, eine sichere Region in Afghanistan zu benennen.

Das Grund- und Menschenrecht auf Asyl kennt keine Obergrenze. Hilfesuchenden, die vor Krieg, Terror und Armut fliehen, muss geholfen werden. Flüchtlinge und MigrantInnen müssen vor Ausgrenzung, Hass und rechter Gewalt geschützt werden. Die wichtigste Aufgabe beim Thema Zuwanderung ist, die Integration der MigrantInnen und Flüchtlinge zu gewährleisten. Wir brauchen eine sozialpolitische Offensive für Flüchtlinge, Migranten und alteingesessene Bundesbürger gleichermaßen.

Die wirksamste Maßnahme gegen hohe Flüchtlingszahlen ist die Bekämpfung von Fluchtursachen: Kriege und Armut beenden, Waffenexporte verbieten, Klima schützen, eine gerechte Weltwirtschaftsordnung jenseits des Kapitalismus schaffen.

DIE LINKE steht für eine humanistische Flüchtlingspolitik und für Hilfe für Menschen in Not. Asyl ist ein Menschenrecht.

© Mstyslav Chernov / CC BY-SA 4.0 / wikimedia.org

Ungarn, September 2015: Syrische Flüchtlinge erstreiken sich die Weiterreise nach Deutschland

DIE LINKE.
Kreisverband Münster

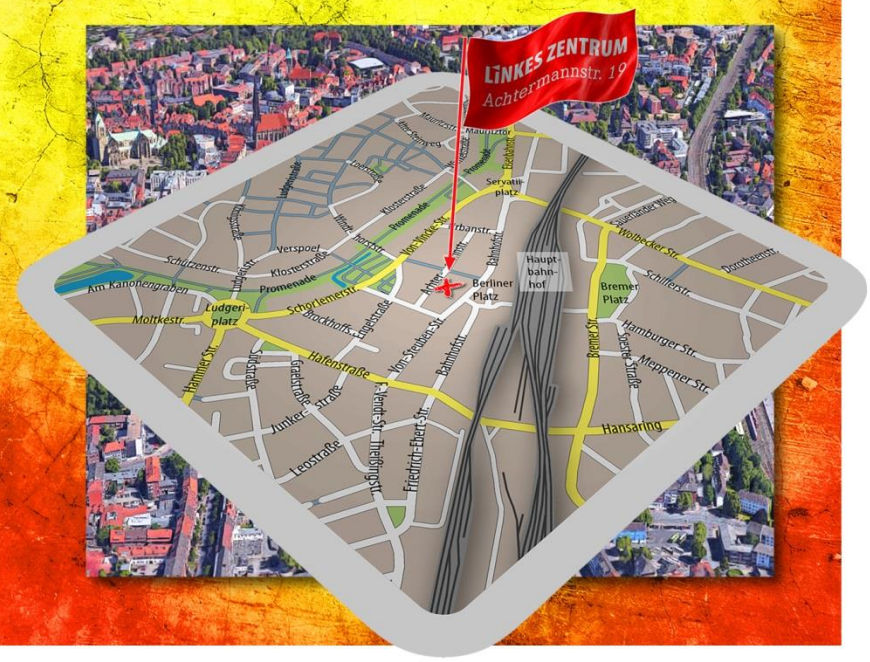
TERMINE SEPTEMBER 2017

JEDEN DIENSTAGABEND UM 19:00
IM **LINKEN ZENTRUM**
ACHTERMANNSTR. 19, MÜNSTER

01.09.	Fr	Geselliger Abend **Liederabend zum Antikriegstag** Gemeinsames Singen von Arbeiter- und Protestliedern mit dem Liedermacher Jo Hetscher	19:00
05.09.	Di	***DIE LINKE*** **Offenes Aktiventreffen** Inhaltliche Diskussionen, Planung und Vorbereitung von Aktionen und vieles mehr	19:00
12.09.	Di	***DIE LINKE*** **Offenes Aktiventreffen** Inhaltliche Diskussionen, Planung und Vorbereitung von Aktionen und vieles mehr	19:00
19.09.	Di	***DIE LINKE*** **Offenes Aktiventreffen** Inhaltliche Diskussionen, Planung und Vorbereitung von Aktionen und vieles mehr	19:00
24.09.	So	Geselliger Abend **Wahlparty** Rückblick auf den Wahlkampf, Verfolgen der Hochrechnungen, Diskussionen, Party	17:00
26.09.	Di	***DIE LINKE*** **Offenes Aktiventreffen** Inhaltliche Diskussionen, Planung und Vorbereitung von Aktionen und vieles mehr	19:00

Unter dem Motto »Mitmachen« könnt ihr euch bei uns einmischen und aktiv werden. Dazu müsst ihr nicht gleich Mitglied werden. Wenn ihr erst einmal sehen wollt, was wir so machen, kommt doch einfach zu einem unserer Aktiventreffen oder Themenabende vorbei.

DIE LINKE.
Kreisverband Münster



Podiumsdiskussion
Pflegenotstand im Krankenhaus

Wir diskutieren mit:
- Grit Wolf (Krankenpflegerin, ver.di-Tarifkommission, Berliner Charité)
- Hubertus Zdebel (MdB, DIE LINKE)
- Johanna Henatsch (Ärztin, Vivantes Berlin-Neukölln)

Infos: www.die-linke-muenster.de

Mittwoch
30.08.2017
Bennohaus
Bennostr. 5
19 Uhr

Wir sind für Sie da
DIE LINKE.

FRIEDENSFEST

Montag, **4. September**
17 bis 19 Uhr, Münster
Stubengassenplatz
mit **Janine Wissler**
und **Hubertus Zdebel**
Musik: Tobias Thiele